



Liestal, 12. Juli 2016

GLA FÜR ÖV: SP WILL BESSERES ANGEBOT STATT ABBAU

Beim 8. generellen Leistungsauftrag (GLA) handelt es sich nicht - wie behauptet - um einen „Konsolidierungs-GLA“, sondern in Tat und Wahrheit um einen „Abbau-GLA“, z. B. durch die Streichung der S9. Mit einer kurzen Vernehmlassungsfrist und einem vorgegebenen Fragebogen versucht die Bau- und Umweltschutzdirektion des Kantons Basel-Landschaft, Kritik daran zu unterbinden. Die SP Baselland kritisiert dieses Vorgehen. Zudem: Die Baselbieter Regierung zieht mit ihrer Abbau-Mentalität gar nicht mehr in Betracht, durch einen Ausbau des Angebots auch Mehreinnahmen zu erwirtschaften.

Der 8. GLA zeigt deutlich auf, wie in Baselland regiert wird: Abbaumassnahmen sind das einzige Mittel, das die Regierung für eine Erhöhung des Kostendeckungsgrades im ÖV in Betracht zieht. Weiter reicht der Horizont nicht.

Für die SP Baselland ist dies der falsche Weg. Aus ihrer Sicht braucht es primär Überlegungen dazu, wie mit Angebotsverbesserungen eine höhere Auslastung und damit auch Mehreinnahmen erzielt werden können. Im vorgelegten GLA wird stattdessen ausschliesslich mit Abbaumassnahmen am Kostendeckungsgrad geschraubt. Eine sehr kurzsichtige Herangehensweise!

Gegen die Umstellung des „Läufelfingerli“ (S9) auf einen Busbetrieb setzt sich die SP BL ganz klar zur Wehr. Diese Strecke wurde erst vor wenigen Jahren umgestaltet. Dass sie nun wieder aufgehoben werden soll, ist ein schlechter Witz. Erschreckend ist auch, wie wenig diese Massnahme mit dem Nachbarkanton abgesprochen wurde.

Pro forma werden im vorliegenden GLA zwar sogenannte Angebotsverbesserungen aufgeführt, bei genauer Betrachtungsweise sind es jedoch keine – und sie sind zum Teil nicht einmal GLA-relevant (z.B. der zweite Schnellzughalt im Laufental).

Die SP ist der Ansicht, dass statt eines Angebotsabbaus die Verlängerung der Betriebsdauer der eingesetzten Busse eine sinnvolle Lösung darstellt. Werden die 100 Busse, die allein BLT und AAGL besitzen, über 12 statt 10 Jahre abgeschrieben, reduzieren sich die Kosten um mindestens CHF 500'000.- pro Jahr.

Bevor die Vorlage an den Landrat geht, besteht noch grosser Nachbesserungsbedarf.

Weitere Auskünfte:
Martin Rüegg, Landrat

079 357 69 27

Sozialdemokratische Partei
Baselland

Rheinstrasse 17
Postfach 86 · 4410 Liestal

Telefon 061 921 91 71
Telefax 061 921 68 70

info@sp-bl.ch
www.sp-bl.ch
www.zukunftstattabbau.ch

**ZUKUNFT
STATT
ABBAU**